

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

☎ 0871 88 17 90

✉ fraktion.gruene@landshut.de



Landshut, den 26. Juli 2010

Fraktion B90/Grüne • Rathaus • Altstadt 315 • 84028 Landshut

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

26.7.10 J

Dringlichkeitsantrag zur Plenarsitzung 30. Juli 2010

Finanzsituation der Stadt Landshut und der Kommunen

Der Stadtrat möge die beiliegende Resolution zur Finanzsituation der Stadt beschließen.

Begründung

In der von der Bundesregierung einberufenen Kommission zur Neuordnung der Kommunal Finanzen ist bisher ausschließlich das sogenannte „Prüfmodell“ Gegenstand detaillierter Untersuchungen. Das Prüfmodell beinhaltet die Abschaffung der Gewerbesteuer und Verlagerung der Einnahmen der Kommunen auf kommunalen Hebesatz auf die Körperschaft- und Einkommenssteuer und die mögliche Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer. Neben den für die Kommunen nachteiligen Strukturen des sogenannten Prüfmodells weist dieses Modell eine Deckungslücke von 5 bis 6 Mrd. Euro aus. Dieses würde überschlagsmäßig einen Einnahmeverlust von 4 Mio. Euro für Landshut bedeuten. Dazu kommt, dass durch die Konjunkturpakete und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und weitere Anpassungen von seiten des Bundes den Kommunen 5,7 Mrd. Euro entzogen wurden, dieses wird für Landshut zu Mindereinnahmen von ebenfalls rund 4 Mio. Euro führen. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren die Ausgaben im sozialen Bereich (Kosten der Unterkunft, Jugendhilfe und mehr) erheblich angestiegen, ohne dass der Bund oder das Land dafür Mittel bereitgestellt hätten. Im Rahmen der Haushaltgespräche hat der Kämmerer der Stadt Landshut für 2011 auf mindestens 10 Mio. Euro geringere Steuereinnahmen und eine Deckungslücke von 15 Mio. Euro aufmerksam gemacht.

Begründung der Dringlichkeit

Die Bundesregierung hat angekündigt, bis zum September die Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer zu konkretisieren. Die von den Kommunen geforderte Verbreiterung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe mit dem Ziel der Verstetigung der Einnahmen ist bisher nicht von der Kommission verbindlich aufgenommen worden. Gleichzeitig ist und wird es auf der Ausgabenseite aufgrund von Bundesgesetzen und der Erhöhung der Bezirksumlage zu erheblichen Steigerungen kommen (s. Rechenschaftsbericht 2009 der Stadt Landshut). Schon für 2010 ist ein ausgeglichenes Ergebnis fraglich (hier schwanken die Aussagen des Kämmerers); für 2011 ist auf der Basis der heutigen Erkenntnisse ein deutliches Defizit zu erwarten. Es ist im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltes 2011 zu klären, welche Spielräume die Stadt hier von Seiten der Niederbayerischen Regierung bekommt.

gez. Dr. Thomas Gambke

gez. Sigi Hagl

gez. Dr. Thomas Keyßner

Resolution

Die Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung steht und fällt mit der Finanzausstattung der Kommunen. Die Einnahmen der Kommunen sind mit den Konjunkturpaketen und den nachfolgenden Gesetzen zur Stützung der Konjunktur um insgesamt 5,7 Mrd. Euro verringert worden. Gleichzeitig sind Leistungsgesetze im sozialen Bereich ausgedehnt worden mit erheblichen zusätzlichen Kosten. Anders als der Bund kann die Kommune nicht mit erhöhter Schuldenaufnahme reagieren, die Aufsichtsbehörden lassen dies nicht zu.

Wir fordern deshalb den Deutschen Bundestag auf, durch eine Verbreiterung und Verstetigung der Gewerbesteuer die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern und gleichzeitig keine weiteren Ausweitungen der kommunalen Leistungen ohne eine entsprechende Finanzierung (strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips) zu vereinbaren. Die bereits beschlossenen Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs und die Aushöhlung des Konnexitätsprinzips gefährden die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen in höchstem Maße. Deshalb müssen diese Maßnahmen umgehend zurückgenommen werden. Die mit dem sogenannten Kommunalmodell angestrebte Verstetigung der Kommunalen Finanzen ist dringend und umgehend umzusetzen.